

Widerstand hat Tradition!

*Über den antifaschistischen Widerstand gegen das Nazi-Regime in
Walldorf und der Rhein-Neckar-Region*



Broschüre der Antifaschistischen Jugend Walldorf

Warum diese Broschüre?

Am 24. Februar diesen Jahres jährt sich ein weiteres Mal der Todestag des antifaschistischen Widerstandskämpfers Albert Fritz aus Heidelberg. Er wurde am Morgen des 24. Februars 1943 gemeinsam mit vier weiteren AntifaschistInnen Opfer der nationalsozialistischen Terrorjustiz.

Hier in Walldorf, wie auch in anderen Gemeinden der Rhein-Neckar Region, ist eine Straße nach Albert Fritz benannt. Sie liegt am Ende der Hauptstraße gegenüber der alten Walldorfer Apotheke und hieß während der Zeit des Nationalsozialismus Adolf-Hitler-Straße. Nach der Befreiung vom Faschismus wurde sie im Juli 1945 in Albert-Fritz-Straße umbenannt. In der Straße befand sich unter anderem die Walldorfer Synagoge, die am 9. November 1938 während der Pogromnacht von den Nazis verwüstet wurde. Wir nehmen den Jahrestag der Ermordung von Albert Fritz und die Tatsache, dass trotz einer kleinen Gedenktafel unter dem Straßenschild kaum jemand in Walldorf – wahrscheinlich nicht einmal die BewohnerInnen der Albert-Fritz-Straße selbst – weiß, wer Albert Fritz überhaupt war, zum Anlass, um mit dieser Broschüre die Walldorfer Bevölkerung über den lokalen und regionalen Widerstand gegen die Nazis in den Jahren 1933 bis 1945 zu informieren.

An den Anfang stellen wir eine kurze Schilderung der Walldorfer ArbeiterInnenbewegung und des antifaschistischen Widerstandes in Walldorf.

Darauf folgt eine politische Kurzbiographie von Albert Fritz.

Seine persönliche Geschichte soll schlussendlich in den Gesamtzusammenhang des Widerstands gegen das Nazi-Regime in der Rhein-Neckar-Region eingeordnet werden.

Diese Broschüre soll ein Beitrag zu einer engagierten, antifaschistischen Erinnerungs- und Gedenkkultur sein – ganz konkret, hier vor Ort in Walldorf und in der Rhein-Neckar-Region.

Wir wollen, dass auch zukünftige Generationen wissen, dass es Menschen gab, die ihr Leben riskiert und viel zu oft auch verloren haben, weil sie sich dazu entschieden, im Angesicht eines übermächtig erscheinenden, mörderischen NS-Regimes nicht zu schweigen oder stillzuhalten, sondern stattdessen aktiv Widerstand leisteten und für eine freie Gesellschaft ohne Krieg und Faschismus kämpften.

Ihr Beispiel kann auch heute noch Menschen dazu inspirieren, sich für genau eine solche Gesellschaft einzusetzen. Besonders wichtig erscheint uns das in einer Zeit, in der mit der AfD wieder eine rechtsradikale Partei in den deutschen Parlamenten sitzt, dort die NS-Zeit verharmlost und dieselbe rechte Hetze verbreitet, die viel zu lange schon ihren Platz auf der Straße gefunden hat. Gleichzeitig setzen Nazis wie zuletzt in Halle 2019 ihr mörderisches Gedankengut erneut in Form von Anschlägen in die Tat um.

Wenn die Gesellschaft, so wie wir es im Moment erleben, immer stärker nach rechts driftet, dann wird deutlich, wie wichtig die

oben erwähnte Erinnerungs- und Gedenkkultur ist, um aufzuzeigen, wohin Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus in letzter Konsequenz führen.

Klar ist für uns aber auch, dass eine Politik, die sich lediglich darauf beschränkt, das Gedenken an den NS-Terror und seine Opfer wachzuhalten, keine ausreichende Antwort auf den gegenwärtigen Rechtsruck sein kann.

Stattdessen muss eine antifaschistische Erinnerungsarbeit folgerichtig auch den Kampf gegen den neuen Faschismus – in allen seinen Formen – mit einschließen. Diese Broschüre ist daher auch als ein Appell zu verstehen, an alle die sie lesen:

Lasst uns gemeinsam aktiv werden für eine solidarische Gesellschaft!

Lasst uns zusammen erinnern und gedenken!

Lasst uns vereint den rechten Vormarsch stoppen!

Wir sind es all denen, die im Kampf gegen den Faschismus ihr Leben gelassen haben, schuldig. In diesem Sinne:

Widerstand hat Tradition – Gedenken heißt handeln!

Antifaschistische Jugend Walldorf



ArbeiterInnenbewegung und antifaschistischer Widerstand in Walldorf

Die Weimarer Zeit

Walldorf galt schon Anfang des letzten Jahrhunderts als "rote Hochburg", da es durch die tabakverarbeitende Industrie als ArbeiterInnengemeinde stark geprägt war. Als sich in den 1920er Jahren die Arbeitsbedingungen immer weiter verschlechterten, die Löhne sanken, obwohl sie sich sowieso schon unter dem Existenzminimum bewegten und die Arbeitslosigkeit ständig zunahm, bemühten sich organisierte Walldorfer KommunistInnen die ArbeiterInnen zu motivieren, ihren Unmut und ihren Protest in Streikaktionen öffentlich auszudrücken.

Bereits Ende der 1920er, Anfang der 1930er Jahre kam es in Walldorf zu mehreren Auseinandersetzungen zwischen KommunistInnen und Mitgliedern der Sturmabteilung (SA) der Nazis, die sich in Prügeleien und Saalschlachten äußerten. Oft wurde das gegnerische Parteilokal angegriffen – ein NSDAP-Treffpunkt war beispielsweise das „Hotel Astoria“ neben der Evangelischen Stadtkirche, das der Kommunisten war die Wirtschaft "Zum Stern", die auch heute noch in der Walldorfer Hauptstraße existiert.

Nazis an der Macht

Nachdem Reichspräsident Paul von Hindenburg am 30. Januar 1933 Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt hatte – in der nationalsozialistischen Propaganda später als „Machtergreifung“ verfälscht und verklärt – erließ dieser knapp zwei Monate später, am 24. März, das sogenannte "Ermächtigungsgesetz". Dieses Gesetz

räumte Hitler umfassende Machtbefugnisse ein, das Parlament entmachtete sich dagegen selbst. Bald wurde zuerst die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) und wenig später auch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) verboten beziehungsweise zerschlagen.

Die massive Verschärfung der Repression gegen KommunistInnen und SozialdemokratInnen, von denen viele verhaftet wurden, schwächte die Fähigkeit, den Widerstand gegen die Nazis zu organisieren, enorm.

In Walldorf kam es dennoch auch im Frühjahr 1933 noch zu Auseinandersetzungen mit den Nazis – immer wieder gab es Schlägereien zwischen ihnen und KommunistInnen.

Es sollte jedoch nicht lange dauern, bis die Faschisten zurückschlugen: Am 13. Juni 1933 rückten über hundert SS-Männer aus dem Odenwald und Kirchheim in Walldorf ein und verschleppten unter der Führung der Walldorfer SA alle bekannten politischen Gegner, derer sie habhaft werden konnten, in die Scheuneneinfahrt des "Hotel Astoria". Dort mussten 13 Männer durch ein Spalier der SS spießrutenlaufen – sie wurden so brutal und hemmungslos zusammengeschlagen, dass das Blut unter dem Scheunentor durch auf die Straße lief.

Dem Walldorfer Arzt Karl Astor, der zur Hilfe eilte, wurde untersagt, die geschundenen Menschen zu versorgen. Später entzogen ihm die Nazis für die versuchte Hilfeleistung

für einige Monate die Zulassung zu den allgemeinen Krankenkassen.

Doch selbst solche Maßnahmen des nationalsozialistischen Terrors konnten nicht verhindern, dass sich vielerorts mit der Zeit wieder kommunistische Widerstandsstrukturen bildeten.

Ein Widerstandsnetzwerk entsteht

Für Heidelberg und Umgebung stellte die Entlassung des ehemaligen KPD-Stadtrats Karl Noe aus seiner sechsmonatigen „Schutzhaft“ im KZ Kislau am 16. August 1933 den Startpunkt für den Aufbau solcher Strukturen dar.

Initiiert durch die Mannheimer KPD wurde unter der Leitung Noes bald mit der Reorganisierung der vormaligen Struktur des KPD-Unterbezirks Heidelberg in der Illegalität und damit eines antifaschistischen Widerstandsnetzwerks begonnen.

In Walldorf – Teil des KPD-Unterbezirks Heidelberg – stellten sich die Kommunisten (es sind keine Walldorfer Frauen bekannt, die sich nach dem Beginn der Nazi-Herrschaft an den kommunistischen Widerstandsstrukturen beteiligten) unter der Leitung von Georg Kaufmann auf die Arbeit in der Illegalität ein. Der als sehr zuverlässig geltende Kaufmann war seit 1927 Mitglied der KPD, ab 1930 ihr Organisationsleiter in Walldorf, bis 1933 Stadtrat und hatte außerdem den Vorsitz des Erwerbslosenausschusses inne.

Dem Widerstandsnetzwerk im ehemaligen KPD-Unterbezirk Heidelberg gelang es durch die tatkräftige Mitarbeit der Parteimitglieder vor Ort, ab Ende 1933 ein Widerstandsnetzwerk aufzubauen, das unter anderem Gruppen in Neckargemünd,

Sandhausen, St. Ilgen, Nußloch, Baiertal und Walldorf umfasste.

Im Januar 1934 fand in Karl Noes Wohnung in Heidelberg-Bergheim ein konspiratives Treffen statt, an dem auch die beiden Walldorfer Georg Kaufmann und Josef Geider teilnahmen.

Neben der Koordinierung der Widerstandszellen zur Neugründung der KPD im Unterbezirk Heidelberg wurde auch beschlossen, antifaschistische Flugblätter zu erstellen und in Umlauf zu bringen.

Bei diesem Vorhaben spielte die Walldorfer KPD-Ortsgruppe eine wichtige Rolle, verfügte sie doch über einen Vervielfältigungsapparat, welcher auch schon zur Herstellung des kommunistischen Lokalblatts "Das rote Signal" benutzt worden war.

Dieser war bei mehreren Hausdurchsuchungen 1933 nicht gefunden worden.

Das notwendige Material zum Druck der Flugblätter – Farbe, Matrizen, Papier – wurde von Karl Noe in Heidelberg besorgt und zusammen mit den ebenfalls dort erstellten Texten für die Flugblätter von Kurieren über Sandhausen und St. Ilgen nach Walldorf gebracht. Hier vor Ort wurden dann die Matrizen mit einer Schreibmaschine beschrieben. Diese Arbeit übernahm der Walldorfer Journalist Konrad Litterer, der zwar nicht KPD-Mitglied war, aber als Antifaschist mit ihr sympathisierte. Mithilfe der Matrizen und des Vervielfältigungsapparates konnte nun die Flugblätter gedruckt werden. Nach der Fertigstellung der Schriften wurden diese über den oben erwähnten Weg – wieder mithilfe von Kurieren – von Walldorf nach Heidelberg gebracht. Dort wurden sie dann verteilt.

Auf diese Weise gelang dem Widerstandsnetzwerk die Herstellung von insgesamt vier antifaschistischen Flugblättern, deren Auflage sich jeweils zwischen 60 und 80 Exemplare bewegte. Unter anderem wurde im Mai 1934 unter der Überschrift „Der Besuch Röhm in Heidelberg“ der luxuriöse Lebenswandel des SA-Führers angeprangert. Das vierte und letzte Flugblatt mit dem Titel „Die Naziführer dem Bankrott entgegen“ konnte nicht mehr verbreitet werden, weil es vor dem Transport nach Heidelberg von den Nazis entdeckt wurde.

Verraten und aufgefliegen

Georg Kaufmann hatte die bereits angefertigten Exemplare des Flugblatts im Schweinestall seines Elternhauses deponiert. Dort wurden sie am 10. Juni 1934 von seinem Bruder, einem Anhänger der NSDAP, entdeckt. Kurz darauf verriet dieser seinen eigenen Bruder an die Polizei. Bei der darauffolgenden Durchsuchung des Schweinestalls durch Polizei und einige Nazis fanden diese die Flugblätter. Georg Kaufmann wurde verhaftet. Den Nazis bot sich nun der seit langem herbeigesehnte Anlass, endgültig mit den ihnen verhassten Kommunisten „aufzuräumen“ und so folgten weitere Verhaftungen und Hausdurchsuchungen

bei Personen, die man verdächtigte, ebenfalls an der Herstellung der Flugblätter beteiligt gewesen zu sein. Auf diese Weise wurde noch am selben Tag auch der Vervielfältigungsapparat entdeckt und sichergestellt. Insgesamt wurden elf Walldorfer verhaftet.

Das Widerstandsnetzwerk vor Gericht

Am 14. November 1934 erhob die Generalstaatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht Karlsruhe Anklage gegen 13 Personen wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“. Neben vier Walldorfer Angeklagten – unter ihnen die bereits genannten Kaufmann, Geider und Litterer – wurde auch Heidelberger Kommunisten der Prozess gemacht, darunter Karl Noe sowie der oben erwähnte Albert Fritz. Die Verfahren gegen weitere Verdächtige waren zu diesem Zeitpunkt mangels ausreichender Beweislage bereits eingestellt worden.

Am 8. März 1935 – nach nur zwei Verhandlungstagen – fiel das Urteil des Gerichts. Elf Antifaschisten, darunter auch die vier Walldorfer, wurden zu teilweise mehrjährigen Haftstrafen verurteilt, zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

Albert Fritz – eine politische Kurzbiographie

Albert Fritz wurde am 18. Januar 1899 im badischen Hornberg geboren. Er wurde bereits in jungen Jahren Mitglied der KPD und nahm an den revolutionären Kämpfen Anfang zwanziger Jahre im damaligen Mitteldeutschland teil.



1926 ließ er sich in Heidelberg nieder und wurde dort für die KPD in den Stadtrat gewählt.

In den Jahren 1931 bis 1933 war er Sekretär der KPD für den Bezirk Baden/Pfalz.

Im Anschluss an eine Versammlung in Lörrach wurde Albert Fritz 1933 als einer der ersten badischen ArbeiterInnenfunktionäre verhaftet. Er kam für 13 Monate in das Konzentrationslager Ankenbuch bei Donaueschingen.

Wie oben bereits erwähnt, wurde Albert Fritz 1934 erneut verhaftet und zusammen mit einer Reihe von Genossen vor Gericht gestellt. Er erhielt eine 18-monatige Haftstrafe.

Sofort nach seiner Freilassung setzte Albert Fritz seine antifaschistische Arbeit fort.

1940/41 versuchte er an seinem Arbeitsplatz, einer Schiffswerft in Heidelberg-Kirchheim, zuverlässige AntifaschistInnen zu wirksamen politischen Zellen zusammenzuschließen.

Diese Gruppe sollte eine Erweiterung der in Nordbaden, vor allem in Mannheim, aktiven Gruppe um Georg Lechleiter und Jakob Faulhaber – auch als Lechleiter-Faulhaber-Gruppe bekannt – darstellen.

Ab 1941 war Albert Fritz dann an der Erstellung und Verteilung der Widerstandsschrift "Der Vorbote" beteiligt, die auf Initiative Georg Lechleiters und als Reaktion auf den Überfall Nazi-Deutschlands auf die Sowjetunion erstmals erschienen war.

Im Zuge der Aufdeckung der Gruppe durch die Nazi-Behörden wurde Albert Fritz erneut verhaftet und zusammen mit vier seiner GenossInnen am 22. Oktober 1942 vom Oberlandesgericht in Stuttgart zum Tode verurteilt.

Am 24. Februar 1943, um 5 Uhr morgens, wurden die fünf AntifaschistInnen im Lichthof des Justizgebäudes in Stuttgart hingerichtet.



Die ArbeiterInnen- und Widerstandsbewegung in Mannheim und der Rhein-Neckar-Region

Vor der NS-Zeit

Schon zwischen 1898 und 1912, also noch während der Kaiserzeit und vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges, bildeten die Sozialdemokraten die stärkste Partei in Mannheim, deren Wahlergebnisse konstant zwischen 50-60% betragen.

Nachdem sich die Kommunistische Partei im Zuge der Novemberrevolution 1918, die Krieg und Kaiserherrschaft beendete, gegründet hatte, konnte sie in der Industriestadt an Rhein und Neckar allerdings regelmäßig mehr Stimmen als die SPD erlangen.

Beide Parteien zusammen kamen in Mannheim sowohl bei der Reichstagswahl im November 1932 als auch im März 1933, als Hitler bereits Reichskanzler war, auf einen deutlich höheren Stimmenanteil als die NSDAP (November: KPD + SPD: ca. 46%; NSDAP: 25,5%; März: KPD + SPD: ca. 41%; NSDAP: 35%).

Somit lagen die Wahlergebnisse der Nazis in Mannheim etwa 10% unter dem "Reichsdurchschnitt".

Die Situation verschärfte sich aber auch in Mannheim enorm, als dann im Frühjahr 1933 die Nazis an die Macht gelangten und viele Organisationen der ArbeiterInnenbewegung verboten oder zerschlagen wurden.

Trotz Illegalität und der brutalen Repression der staatlichen Behörden gelang es vielen linken Strukturen den Widerstand gegen die Nazis aus dem Untergrund fortzusetzen.

Die SPD

Trotz des Verbots ihrer Partei, setzten etwa tausend Mannheimer SozialdemokratInnen auf illegale Weise ihre politische Arbeit fort, indem sie sich in Stadtteilen um einen Kern von FunktionärInnen organisierten. In der darauffolgenden Zeit arbeiteten sie auch mit der antifaschistischen Rechberg-Gruppe zusammen, was – unter dem Eindruck der Illegalität – eine kritische Auseinandersetzung mit der sozialdemokratischen Vergangenheit bewirkte.

Seit dem Spätsommer 1934 wurde die SPD-Tätigkeit durch Zugriffe der Gestapo immer weiter behindert, bis 1936 die illegale Organisation der Partei fast vollständig zerschlagen war. Ein breites Umfeld sozialdemokratischer AntifaschistInnen blieb jedoch für andere sozialistische Widerstandsgruppen greifbar.

Die Gruppe "Neubeginnen"

Seit 1929 war auch in der Neckarstadt die Gruppe "Neubeginnen" aktiv, die eine Broschüre mit dem selben Namen herausgab. Besonders erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang der Graphiker Kurt Kiesel, der das Bindeglied zur Berliner Zentrale darstellte. Deren vorrangiges Bestreben war es, eine Erneuerung der deutschen ArbeiterInnenbewegung in einer einheitlichen Partei zu erreichen.

Von der Neckarstadt aus wurden die Manuskripte für die Erstellung der antinazistischen Schriften zum Druck ins Ausland geschafft. Die überwiegend aus

Intellektuellen bestehende Gruppe, die sich um Kiesel scharte, spielte – aufgrund ihrer gut funktionierenden, konspirativen Techniken – ebenfalls eine bedeutsame Rolle für Menschen, die versuchten vor dem NS-Regime ins Ausland zu fliehen. Doch schon 1934 zerfiel die Gruppe, nachdem Kiesel verhaftet worden war.

Die "Sozialistische Arbeiterpartei" (SAP)

Bei der SAP handelte es sich um eine Partei, die sich 1931 von der SPD abgespalten hatte und ebenfalls in Mannheim aktiv war. Sie umfasste ca. 80-90 Mitglieder, die darum bemüht waren, Auslandskontakte zur Stärkung des deutschen Widerstandes aufzubauen und deren Funktionäre an mehreren Auslandskonferenzen teilnahmen. 1936 befand sich die Zentrale der SAP für Deutschland in Mannheim. Gut eingestellt auf die Illegalität gelang es den Parteimitgliedern bis 1938 tätig zu sein, bevor die SAP durch zahlreiche Verhaftungen, die in langjährigen Gefängnisstrafen endeten, von den Nazis zerschlagen werden konnte.

Die KPD

Am schwersten war es für die Kommunistische Partei, ihren antifaschistischen Widerstand zu organisieren, denn sie war ab 1934 am stärksten von Schutzhaftmaßnahmen betroffen. Die führenden Parteifunktionäre wurden fast alle bereits in den Jahren 1933/34 von den Nazis ausgeschaltet. Trotz allen Schwierigkeiten setzten die KommunistInnen ihre Arbeit im Untergrund fort, die schwerpunktmäßig auf der Erstellung von Flugblättern und dem Schmuggeln sozialistischer Schriften ins

"Reich" basierte. Diese wurden dort dann in Umlauf gebracht. Allerdings nahm das KPD-Umfeld in Krisenzeiten zahlenmäßig ab.

Die Lechleiter-Faulhaber-Gruppe

Ab 1940 formierten Georg Lechleiter und Jakob Faulhaber, Kommunisten aus Mannheim-

Waldhof, frühere KPD-Funktionäre neu, um den Widerstand zu beleben. Diese Widerstandsgruppe bestand jedoch nicht nur aus

KommunistInnen, sondern auch aus einigen SozialdemokratInnen und Parteilosen.

Unter den AntifaschistInnen, die sich in der

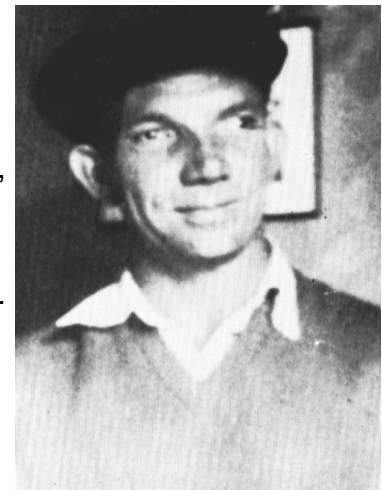
Lechleiter-Faulhaber-Gruppe zusammengefunden hatten, befand sich unter anderem auch Albert Fritz.

Die Gruppenmitglieder leisteten zusammen mit ArbeiterInnen der Rhein-

Neckar-Region – vorwiegend aus Heidelberger oder Mannheimer Großbetrieben – antifaschistische Arbeit, wobei wiederum KPD- und SPD-Mitglieder



Georg Lechleiter (1885-1942)



Jakob Faulhaber (1900-1942)

kooperierten, um das gemeinsame Ziel – den Kampf gegen Hitler und den Nationalsozialismus – effektiver verfolgen zu können.

Zu diesem Zweck gaben sie unter schwersten Bedingungen die illegale Zeitschrift "Der Vorbote – Informations- und Kampforgan gegen den Hitlerfaschismus" heraus, von der zwischen September 1941 und Januar 1942 vier Ausgaben an gezielt ausgesuchte LeserInnen verteilt wurden.

"Der Vorbote" versuchte inhaltlich die Nazipropaganda hinsichtlich der Kriegsberichterstattung und der tatsächlichen Geschehnisse in Deutschland zu entlarven. Auf diese Weise wurde die Aktion "Vorbote" überregional für antifaschistische WiderstandskämpferInnen wichtig, um an weitere Informationen und Kontakte zu gelangen.

Doch durch unglückliche Umstände und Verrat gelang es der Gestapo, die führenden Köpfe der Lechleiter-Faulhaber-Gruppe im Februar 1942 auszumachen -- noch bevor die fünfte Ausgabe des "Vorboten" verbreitet werden konnte.

Bei einer zweiten und dritten Verhaftungsaktion, die die Gestapo seit Anfang 1942 vorbereitet hatte, kam neben anderen WiderstandskämpferInnen auch Albert Fritz in Haft. Die Gestapo in Mannheim und Karlsruhe und das Reichssicherheitshauptamt in Berlin hatten sich zum Ziel gesetzt, nicht nur die vermeintlichen RädelsführerInnen der Lechleiter-Faulhaber-Gruppe, sondern auch das gleichgesinnte Umfeld sowie die antifaschistischen Zellen in den Betrieben auszulöschen.

Die von den Nazis inhaftierten ArbeiterInnen waren schon vor ihren Prozessen massiven physischen und psychischen Folterungen ausgesetzt. Als es

in den Monaten Mai und Oktober 1942 zu den Verhandlungen kam, lauteten die Hauptanklagepunkte: Abhören ausländischer Radiosender (zumeist Radio Moskau oder BBC), illegale Herausgabe und Verbreitung des "Vorboten" und Hochverrat.

Schon am zweiten Prozesstag wurden alle Gefangenen zum Tode durch das Fallbeil verurteilt. Die Hinrichtungen wurden im Stuttgarter Justizgebäude vollstreckt.

Insgesamt wurden 19

WiderstandskämpferInnen hingerichtet, drei weitere wurden von der Gestapo während der Haft ermordet und acht mussten bis Kriegsende in der Haft Folterqualen leiden.

Auch den Angehörigen der AntifaschistInnen blieben bis Kriegsende und darüber hinaus Denunziationen, Haftstrafen, Flucht- und Existenzängste nicht erspart.

Um an den mutigen Widerstand der Lechleiter-Faulhaber-Gruppe zu erinnern, findet in Mannheim jedes Jahr am 15. September eine Gedenkveranstaltung am Georg-Lechleiter-Platz statt.

Des Weiteren findet jedes Jahr am 1.

November auf dem Heidelberger Bergfriedhof eine Gedenkfeier für alle vom NS-Regime ermordeten WiderstandskämpferInnen statt.



Lechleiter-Faulhaber-Gedenken in Mannheim (2019)



Antifaschistisches Gedenken auf dem Heidelberger Bergfriedhof (2019)

